

### Was sich die Kohlenbarone erlauben.

In einem Aufsatz über die Kohlenfrage schreibt die „Internationale Korrespondenz“:

Zimmerhin bleibt die Schwierigkeit der Kohlenfrage groß und drückend. Unter diesen Umständen muß wahrhaft sensationell die Mitteilung des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten für Frankfurt a. M., Dr. Heilbrunn, in der dortigen Stadtverordnetenversammlung wirken, daß das Kohlen Syndikat absichtlich die Erzeugung hemme, um dem Reichszanzler seine Unzufriedenheit mit dessen innerer und äußerer Politik zu zeigen. Bedauerlicherweise hat Heilbrunn die Tatsachen, die ihm bekannt geworden sind, nicht genau angegeben, so daß sich seine Behauptung einstweilen nur wiedergeben, nicht nachprüfen läßt. Seiner Forderung, daß der Deutsche Städtetag die unverzügliche Einführung einer gemeinschaftlichen Organisation für den gesamten Kohlenbergbau und die gesamte Kohlenversorgung bei der Regierung beantragen soll, müssen wir uns jedenfalls mit allem Nachdruck anschließen. Bei der Kohlensteuer hat der Reichstag, bei der Wiederherstellung des Zwangssyndikats und dem Ankauf der „Hibernia“ der preussische Landtag trotz aller Mahnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere Otto Rues, nicht den kleinsten Schritt dazu getan, dem Volke sein Recht auf diesen wichtigsten Naturschatz des deutschen Landes wiederzugeben. Nun ist es dazu höchste Zeit und Gefahr im Verzuge.

Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten:

Aber das Verhalten des Kohlen Syndikats wird eine genaue Untersuchung notwendig sein. Ist an Heilbrunns Angaben auch nur das Geringste zutreffend, so gehören seine Leiter als Landesberräter ins Zuchthaus. In solchem Falle muß rücksichtslos Klarheit geschaffen und nötigenfalls zugepackt werden. Davon ganz unabhängig muß das Reich für genügende Kohlenförderung und gerechte Kohlenverteilung sorgen. Bei Deutschlands reichen Kohlenstätten dürfen wir nicht wieder frieren müssen.

Wir bemerken dazu:

Frieren wäre natürlich auch anderswo ganz unnötig, wenn die Bodenschätze aufhörten, das Monopol einzelner zu sein, sondern der Allgemeinheit dienen, der sie von vernunft- und rechtswegen gehören müßten. Übrigens muß man den Kohlenbeherrschern zugestehen, daß Einschränkung der Erzeugung zum Zwecke der Preistreiberei keineswegs ihr ausschließliches Vorrecht ist. Es gibt fast keine Industrie, von der der Kartoffel auswärts, die nicht dieses bewährte Mittel handhaben würde.